

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkeln

FWG
Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ise Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=0CC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcikh_3

<p>Welches sind die drei wichtigsten wirtschaftsbezogenen Vorhaben (z. B. aus den Bereichen Infrastruktur, Gewerbeflächenentwicklung, Stadt- oder Regionalmarketing, Innenstadtentwicklung usw.) die Sie in der Wahlperiode 2009 bis 2014 verwirklichen wollen?</p>	<p>Der Umbau und die Neupositionierung unserer Innenstädte werden in den kommenden Jahren mit Hochdruck weitergehen. In Mönchengladbach-City werden wir mit dem neuen Handels- und Dienstleistungszentrum einen neuen Magneten schaffen, der auch wieder verstärkt Menschen von außen in die Stadt zieht.</p> <p>Die Marktstadt Rheydt wollen wir mit der Umsetzung des neuen Innenstadtkonzeptes erfolgreich neu positionieren. Diese Entwicklung wird nachhaltig private Folgeinvestitionen los-treten. Ich werde diesen Prozess unterstützen.</p> <p>Die Zusammenarbeit in der Region wird in den nächsten Jahren weiter an Gewicht gewinnen. Die Vermarktung des Niederrheins im nationalen und ggf. mit der auch von der IHK initiierten Initiative zur Vermarktung des Rheinlands im internationalen Rahmen halte ich für sinnvoll.</p> <p>Die Kette Mönchengladbach - Niederrhein - Rheinland ist auch für die hier ansässigen Menschen nachvollziehbar. Weiterhin werden wir uns im regionalen Rahmen verstärkt über Kooperationsmodelle und auch eine Arbeitsteilung bei der Bewältigung insbesondere kosten-trächtiger Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge unterhalten müssen.</p>	<ol style="list-style-type: none"> 1. Deutliche und aggressive Ausweitung der Wirtschaftsförderung und Ansiedlungspolitik 2. Aufwertung der Mönchengladbacher Innenstadt durch ein attraktivitätssteigerndes und innenstadtverträgliches Einkaufszentrum 3. Entwicklung eines richtungweisenden Konzeptes für die 420 ha Fläche des JHQ 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Handels- und Dienstleistungszentrum Hindenburgstraße, 2. Innenstadtkonzept Rheydt, 3. City Ost. 	<p>Drei Einzelbeispiele sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. JHQ Mit 420 ha wird innerhalb der nächsten Legislaturperiode ein riesiger Teil der Stadt Mönchengladbach durch den Wegzug der NATO leer gezogen. Hier ist es wichtig, neue verträgliche Konzepte mit dem Bund als derzeitigem Eigentümer zu entwickeln, die sowohl eine Kompensation der Kaufkraft als auch eine Kompensation der wegfallenden Arbeitsplätze beinhalten. Dabei sind zahlreiche Nutzungsideen aus den Gebieten Gewerbe, Forschung, Freizeit und sehr eingeschränkt auch Wohnen denkbar, auch in Kombination, da das Gelände groß genug ist. 2. Innenstadtentwicklung Der Bau des Handels- und Dienstleistungszentrums an der Hindenburgstraße ist die wichtigste innerstädtische Maßnahme der nächsten Legislaturperiode. Daran schließt sich die Region um den Europaplatz und die neue Steinmetzstraße an, die städtebaulich entwickelt werden muss. Ebenso ist die Umsetzung des Innenstadtkonzeptes in Rheydt in den nächsten fünf Jahren zu stemmen. Alle Projekte dienen dazu, die Innenstädte attraktiver zu gestalten und in Summe wieder mehr Kaufkraft in Mönchengladbach zu bündeln. 3. Flughafen ausbau Der Ausbau des Flughafens zum Business Airport als Ergänzung zum Flughafen Düsseldorf International ist für Mönchengladbach ein wichtiges Vorhaben. Der Ausbau der Bahn, der auch für die kleinen Maschinen der Business-Flieger notwendig ist, trägt sich wirtschaftlich im Verbund mit Düsseldorf. 	<p>Die drei wichtigsten Vorhaben sind für mich:</p> <ol style="list-style-type: none"> (1) die Verbesserung der städtischen Finanz- und Haushaltslage Mönchengladbachs; (2) die Stärkung der urbanen Zentren und der Stadtteilzentren Mönchengladbachs mit attraktiven Wohn-, Kultur-, Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten; (3) die Profilierung Mönchengladbachs als Bildungs-, Hochschul- und Wirtschaftsstandort. 	<p>Infrastruktur Weg von den bisherigen industriellen Monokulturen hin zu einer Mischung unterschiedlicher Industrien und Gewerben unter Berücksichtigung der entsprechenden Zukunftsperspektiven.</p> <p>Gewerbeflächenentwicklung Diese sollten insbesondere unmittelbar an den Autobahn-Ausfahrten entwickelt werden.</p> <p>Stadt-/Regionalmarketing Mönchengladbach muss ein Alleinstellungsmerkmal schaffen wie es beispielsweise Wuppertal mit der Schwebebahn hat. Wir haben hierzu das „Eine (Glasdach-) Konzept entwickelt, das in Verbindung mit dem E-Mobil ein Erlebnis für Besucher und Familien ist und der Belebung der Innenstadt als Einkaufs- und Erlebnisbereich dient.</p>
--	--	--	--	--	---	---

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkeln



Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ilse Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=OCC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcikh_3

				<p>Er bietet zudem zahlreiche Impulse für die Ansiedlung weiterer Unternehmen, beispielsweise im Wartungsbereich, sodass weitere Arbeitsplätze geschaffen werden.</p> <p>Neben den lokalen auf Mönchengladbach bezogenen Projekten müssen auch in der Region gemeinsam Infrastrukturprojekte vorangetrieben werden. So ist es beispielsweise erforderlich, die Zugverbindungen zwischen den Niederlanden und Mönchengladbach deutlich auszubauen, beispielsweise durch eine direkte Verbindung zwischen Eindhoven und Düsseldorf. Der dafür erforderliche Streckenausbau sollte prioritär vorangetrieben werden, da bezüglich der Diskussion des Eisernen Rheins kurzfristig keine Lösung zu erwarten ist.</p> <p>Grundsätzliches</p> <p>Die weltweite Wirtschaftskrise spart Mönchengladbach nicht aus.</p> <p>Deshalb muss es in erster Linie darum gehen,</p> <p>1. Unternehmen und damit auch die Arbeitsplätze zu erhalten.</p> <p>Mir liegt viel daran, dass Arbeiten, die für Handwerker innerhalb der Stadt entstehen, auch an die Handwerksbetriebe unserer Stadt vergeben werden. Das Vergabeverfahren muss daher intelligent genutzt werden.</p> <p>Für Betriebe in unserer Stadt, die nicht nur im kommunalen Raum tätig sind, müssen intensiver die Beziehungen innerhalb der Region genutzt werden. Hier ist eine engere Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden zwingend erforderlich. Ich bin unzufrieden mit der bisherigen Aufstellung der Standort Niederrhein GmbH. Sie muss zwingend stärker aufgestellt werden.</p>		
--	--	--	--	--	--	--

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkeln



Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ise Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=0CC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcikh_3

				<p>Europäische Fördermittel müssen genutzt werden.</p> <p>Ich verspreche mir durch eine bessere Vernetzung mit der Hochschule mehr Innovation und Attraktivität.</p> <p>2. die Stadt attraktiv zu erhalten für neue Wirtschaftsbetriebe und damit auch für neue Arbeitsplätze.</p> <p>Um Mönchengladbach für Neuansiedlungen von Wirtschaftsbetrieben attraktiv zu machen, muss vor allem die Infrastruktur stimmen. Aus vielen Gesprächen mit zuzugswilligen Unternehmungen habe ich den Eindruck gewonnen, dass vor allem die Logistik ein wichtiges Kriterium ist. Deshalb bleibt es nicht aus, dass wir auch die eine oder andere Kröte beim Ausbau unseres Straßennetzes schlucken müssen.</p> <p>Wichtig für Neuansiedlungen, aber auch für schon bestehende Wirtschaftsbetriebe ist der Ausbau des Flughafens, für den ich mich seit langem stark mache.</p> <p>Mönchengladbach muss arbeitnehmerfreundlicher werden. Dazu gehört, dass Familien ein gutes Schul- und Kindertagesstättenangebot gemacht wird. Dazu gehört, dass die Kulturlandschaft in Mönchengladbach attraktiv ist, dass Freizeit- und Erholungsangebote bestehen, also insgesamt die Lebensqualität deutlich verbessert wird. Hier sehe ich auch, dass die vielen ehrenamtlichen und auch Vereins-Aktivitäten nach besten Kräften unterstützt werden müssen.</p> <p>Als 3., aber nicht als Letztes verstandenes Vorhaben wird es darum gehen, unserer Jugend, unseren Familien wie unseren Senioren eine sichere wirtschaftliche Zukunft zu gewährleisten.</p>		
--	--	--	--	---	--	--

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkeln



Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ilse Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=0CC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcikh_3

				<p>Als wichtigen Wirtschaftsfaktor sehe ich die Ausbildung für unsere Jugend. Es ist ein Fehler, wenn Wirtschaftsunternehmen in Zeiten der Wirtschaftskrise ihre Ausbildungsplätze reduzieren. Im vorigen Jahr haben wir es erlebt: Ohne gut ausgebildete Arbeitskräfte können Wirtschaftsbetriebe in der Zukunft nicht lebensfähig bleiben. Ich werde deshalb mit den Ausbildungsbetrieben versuchen zusätzliche Ausbildungsplätze zu finden und entwickeln.</p> <p>Ich sehe hier auch den öffentlichen Dienst in der Pflicht, innerhalb der Verwaltung weiterhin geeignete Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.</p> <p>Im Bereich der Qualifizierung Jugendlicher Ausbildung Suchender kann eine Menge mehr getan werden. In Sonderkursen von Berufsschule, Volkshochschule und anderer Bildungsträger können Jugendliche ohne guten Schulabschluss fit für die Zukunft gemacht werden. Auch hierbei verspreche ich mir von einer intensiven Zusammenarbeit mit der IHK Fortschritte.</p> <p>Mir geht es auch darum, für bisher nicht Berufstätige neue Perspektiven zu schaffen. Ich stelle mir vor, dass in unserer immer älter werdenden Gesellschaft gerade das Feld der Betreuung im häuslichen oder stationären Bereich viele neue Arbeitskräfte benötigen wird. In Sonderausbildungen könnten hier Interessierte ausgebildet werden und einen Arbeitsplatz finden. Hierbei schließe ich ausdrücklich nicht aus, das Kombi-lohnmodell ein zu setzen. Jede Möglichkeit, den Arbeitswilligen einen Arbeitsplatz anbieten zu können, muss genutzt werden.</p>		
--	--	--	--	---	--	--

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkeln

FWG
Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ilse Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=OCC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcikh_3

				<p>Mir geht es darum, dass jeder in die Lage versetzt werden soll, sich selbst oder seine Familie durch eigene Arbeit und leistungsgerechte Bezahlung sichern zu können.</p> <p>Ich will auch nicht verschweigen, dass mich die inzwischen öfter praktizierte Arbeitsform jahrelanger Praktika und Beschäftigungen bei nicht tariflicher Entlohnung ärgert, weil sie Wettbewerbsverzerrungen bringt. Die Wirtschaftskrise kann kein Argument für ungleiche Voraussetzungen sowohl im Wettbewerb der Wirtschaft als auch bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sein. Einhaltung und Umsetzung von Tarifverträgen haben unsere soziale Marktwirtschaft immer gestärkt und sind im Sinne der Marktteilnehmer und eines gerechten Wettbewerbs.</p> <p>Dafür will ich mich einsetzen.</p>		
--	--	--	--	--	--	--

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkeln



Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ilse Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=0CC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcikh_3

<p>Welche zusätzlichen Industrie- und/oder Gewerbeflächen wollen Sie kurzfristig neu ausweisen?</p>	<p>Kurzfristig ist Mönchengladbach zunächst gut aufgestellt. Den NORDPARK entwickeln wir als anspruchsvollen Büro- und High-Tech-Standort. Diese Entwicklung in Richtung Autobahn A 61 fortzusetzen halte ich für sinnvoll.</p> <p>Für die angedachte Wohnbebauung haben wir innerstädtisch bessere Alternativen, die auch ins Leitbild Mönchengladbach 2030 passen. Im Süden haben wir mit dem REGIOPARK in Kooperation mit unserer Nachbargemeinde den Top-Standort für Logistiker entwickelt.</p> <p>Insgesamt ist das Gewerbe- und Industriegebiet GÜDDERATH / REGIOPARK eines der größten Gewerbegebiete in der Region und wichtiger Baustein für den Strukturwandel.</p> <p>Handlungsbedarf besteht m.E. im Norden entlang der A 52. An dieser attraktiven Wachstumsachse zwischen Düsseldorf / Rhein-Ruhr und Limburg sollten wir Möglichkeiten prüfen, neue Areale zur Ansiedlung von Unternehmen zu erschließen.</p>	<p>Im Bereich Krefelderstraße, also in Richtung Flughafen / Trabrennbahn brauchen wir eine Überplanung und Neuausweisung. Aufgrund der geänderten Flughafenpläne und der Insolvenz der Trabrennbahn ist es Zeit, hier zu neuen Konzepten und Entwicklungen zu kommen.</p>	<p>Z.Zt. sind noch rd. 800.000 m² Flächenvorrat vorhanden. Für die kurzfristige weitere Ausweisung besteht daher kein Bedarf.</p>	<p>Zunächst einmal geht es darum, vorhandene Potentiale auszu-schöpfen. Mönchengladbach ist gut aufgestellt und hat dank einer vorausschauenden Politik für Unternehmen, die auf der Suche nach Flächen für eine Neuansiedlung oder eine Um-siedlung sind, einiges zu bieten.</p> <p>Als Beispiele nenne ich das interkommunale Gewerbegebiet Mönchengladbach/Jüchen oder das Gewerbegebiet Hardt. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft muss aber darauf achten, im Bedarfsfall neue Flächen zu entwickeln, damit das Angebot ausreichend bleibt. Dabei ist insbesondere noch der JHQ Bereich zu beplanen.</p>	<p>Mönchengladbach hat für beinahe jeden Bedarf ein ausreichendes Angebot an Gewerbeflächen. Aus meiner Sicht muss es Ziel sein, das Potential der nicht mehr oder nur unter Wert genutzten ehemaligen Gewerbeimmobilien wie etwa die Mülforter Zeugdruckerei an der Duvenstraße wieder qualitativ nutzbar zu machen.</p> <p>Wenngleich die Zeiten von großflächigen zusätzlichen Neuausweisungen auf der grünen Wiese wohl endgültig vorbei sind, trete ich dafür ein, im Rahmen der Überarbeitung des Flächennutzungsplanes der Stadt Mönchengladbach zu prüfen, inwieweit die Fläche des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach als interkommunales Gewerbegebiet (Mönchengladbach/Korschenbroich/Willich) umgenutzt werden kann.</p>	<p>Bevor darüber nachgedacht wird neue Flächen auszuweisen, sollten die bestehenden Flächen hinsichtlich ihrer Attraktivität verbessert werden, um ansässige Unternehmen zu halten und neue zu gewinnen. Mönchengladbach besitzt zahlreiche fortschrittliche Dienstleistungs- und Technologieunternehmen, die jedoch – und das gilt für alle Gewerbegebiete – mit einer sehr schlechten Infrastruktur zu kämpfen haben.</p> <p>Der Nordpark wurde beispielsweise als Innovationspark angepriesen, bietet aber erstaunlicherweise eine deutlich schlechtere Bandbreite als man Sie im privaten Haushalt kennt. Dem Stadtrat Mönchengladbach lag bereits vor zwei Jahren ein Angebot zum so wichtigen Ausbau der Infrastruktur vor, wurde jedoch abgelehnt – nachhaltige Politik sieht anders aus.</p> <p>Die notwendigen Rahmenbedingungen um wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen also dringend geschaffen werden.</p> <p>Derartige Investitionen sind auf lange Sicht das richtige Mittel und stärken den Wirtschaftsstandort Mönchengladbach.</p> <p>Wenn neue Gewerbeflächen ausgewiesen werden, dann muss dies in unmittelbarer Nähe zu Autobahnen geschehen, so dass die Verkehrsbelastung aus Wohngebieten herausgeholt wird.</p>
--	---	---	--	---	--	---

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkeln



Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ilse Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=0CC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcikh_3

<p>Welche konkreten Aktivitäten planen Sie, damit sich neue Unternehmen in Ihrer Gemeinde ansiedeln?</p>	<p>Die Serviceleistungen der WFMG und auch der Stadt reichen weit über den Verkauf von Grundstücken an interessierte Unternehmen hinaus. In Mönchengladbach ansässige Unternehmen haben gute Möglichkeiten sich in Netzwerke, z.B. der Wirtschaftsförderung, geschäftsfördernd einzubringen.</p> <p>Die Fokussierung unserer Wirtschaftsförderung auf bestimmte Leitbranchen mit entsprechenden passgenauen Projekten hat sich als richtig erwiesen. Im letzten Konjunkturaufschwung waren im Hinblick auf neue Arbeitsplätze Textil / Mode, Maschinenbau & Elektrotechnik, Logistik, IT & Kreativwirtschaft sowie die Gesundheitswirtschaft alle auf Wachstumskurs.</p>	<p>Die Wirtschaftsförderung muss gestärkt werden und noch zielgerichteter agieren. Dabei sollte beachtet werden, dass in Mönchengladbach die Preise für städtisch angebotene Gewerbegrundstücke deutlich zu hoch sind. In Verbindung mit nachhaltigen Gewerbesteuererinnahmen macht es durchaus Sinn, hier eine Niedrigpreispolitik bei den Grundstücken zu fahren.</p>	<p>Es fehlt z.Zt. an einer fundierten Planungsgrundlage für die Wirtschaftsförderung. Die FWG hatte die Schaffung einer solchen Grundlage in den zurück liegenden Jahren zweimal beantragt, scheiterte damit aber an der Mehrheit von CDU und FDP im Rat der Stadt. Mein erstes Ziel wird daher sein, für eine qualifizierte, nicht selbstgebastelte Planungsgrundlage zu sorgen, die eine nachhaltige Maßnahmenplanung ermöglicht.</p>	<p>Wir müssen zunächst regionaler denken! Können wir Unternehmer für unsere Region begeistern, können wir auch für Mönchengladbach werben. Meines Erachtens hat die Standort Niederrhein GmbH gute Möglichkeiten, die Region Niederrhein als attraktiven Wirtschaftsstandort nach außen zu positionieren. Dafür braucht die Gesellschaft mehr Kompetenzen. Ich werde bei den anderen Oberbürgermeistern und Landräten für meinen Plan werben, denn nur gemeinsam können wir die Standort Niederrhein GmbH stärker aufstellen.</p> <p>Haben wir Unternehmen für unsere Region und dann auch für Mönchengladbach begeistern können, müssen wir als Gemeinde unseren Teil beitragen, indem wir mehr Beratung und mehr Betreuung garantieren und überflüssige bürokratische Hürden abbauen. Es muss möglich gemacht werden, dass der Kunde alle erforderlichen Informationen und notwendigen Erledigungen in einer einzigen Stelle erhalten und erledigen kann.</p> <p>Diese Aufgabe soll , solange die technischen Möglichkeiten für eine solche zentrale Stelle noch nicht aufgebaut sind, durch einen so genannten „Scout“ oder „Lotse“ übernommen werden, der im Rathaus angesiedelt ist und den Weg ?durch die Behörde und den Vorschriftendschungel? verantwortlich begleitet.</p>	<p>Der Sicherung von Arbeitsplätzen und die Pflege der in Mönchengladbach ansässigen Betriebe und Unternehmen gehört meine oberste Priorität. Auch unter diesem Aspekt ist die Ansiedlung eines Handels- und Dienstleistungszentrums (HDZ) und der damit einhergehenden Kannibalisierung vorhandener Strukturen und Arbeitsplätze in den beiden Innenstädten kontraproduktiv und abzulehnen. Eine zukunftsweisende Wirtschaftsförderung verlangt, die Gliederungen der Stadt noch viel enger als bisher mit der Hochschule Niederrhein zu vernetzen. Eine von städtischer Seite geförderte Gründungs- und Innovationsinitiative der IHK und der Hochschule Niederrhein kann die Basis für neue Beschäftigung sein. Ungenutzte Gebäude unbürokratisch zu günstigen Konditionen Existenzgründern bereitzustellen, muss aus meiner Sicht Aufgabe von Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung werden.</p> <p>Unzweifelhaft benötigt Mönchengladbach ein Konzept, um das Image als Hochschulstandort zu verbessern. Obwohl in Mönchengladbach jährlich zahlreiche Absolventinnen und Absolventen gut ausgebildet ihr Studium abschließen, gelingt es der Stadt bisher noch nicht in ausreichendem Maße durch Ausgründungen aus dem Bereich der Hochschule Niederrhein als Wirtschaftsstandort zu profitieren. Die Beispiele anderer Städte zeigen, wie die Einbindung eines Gründerzentrums mit einer benachbarten Hochschuleinrichtung erfolgreich gestaltet werden kann. Mönchengladbach fehlt ein Gründerzentrum.</p>	<p>Neben der bereits angesprochenen Erhöhung der Attraktivität aller Gewerbegebiete müssen insbesondere die Fehlentwicklungen durch die gegenläufigen Interessen zwischen EWMG – eigene Gewinnoptimierung durch z.T. nicht konkurrenzfähige Grundstückspreise im Vergleich zu den Nachbargemeinden – und Haushalt der Stadt durch entgangene Gewerbesteuer für viele Folgejahre durch fehlende Neuansiedlungen schnellstmöglich korrigiert werden. Es muss also ein Abgleich der Interessen zwischen EWMG und Kämmerei erfolgen. Bei den Gesprächen und Verhandlungen sollten die langfristige und nachhaltige Einnahmequelle für unsere Stadt im Vordergrund der Entscheidungen stehen.</p> <p>Des Weiteren muss den interessierten Unternehmen ein hochqualifizierter Arbeitsmarkt geboten werden, auf den schnell zugegriffen werden kann. Hierzu ist eine engere Zusammenarbeit, eventuell sogar in Form von Kooperationen/Initiativen, mit der Hochschule Niederrhein notwendig.</p> <p>Doch auch die übermäßige Bürokratie zum Erhalt von Baugenehmigungen etc. muss durch die Zusammenlegung von Kompetenzen deutlich abgebaut werden, denn heute sind schnelle und kurze Entscheidungswege bei der Bewertung von Standorten gefragt.</p>
---	--	---	---	--	---	--

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkeln

FWG

Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ilse Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=OCC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcikh_3

					<p>Das Polizeipräsidium an der Theodor-Heuss-Straße befindet sich in räumlicher Nachbarschaft zur Hochschule Niederrhein. Diese Immobilie könnte zu einer möglichen Umwidmung in ein Gründerzentrum führen. Einerseits würde mit der Entwicklung eines solchen Zentrums an der Theodor-Heuss-Straße ein Leerstand mit der drohenden Folge einer städtischen Ruine vermieden, zum anderen erführe der Hochschul- und Wirtschaftsstandort Mönchengladbach einen möglicherweise entscheidenden Impuls.</p>	
--	--	--	--	--	---	--

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkeln



Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ise Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=0CC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcikh_3

<p>Durch welche konkreten Baumaßnahmen wollen Sie die Leistungsfähigkeit des kommunalen Straßennetzes verbessern?</p>	<p>Derzeit befinden sich als kommunale Maßnahme im Bau:</p> <ul style="list-style-type: none"> - 2-spurige Unterführung Wickrathhahner Straße; - Verlängerung Steinmetzstraße von Bismarckstraße bis Eickener Kreisel; - Verlängerung Mittlerer Ring von Stapper Weg bis Duvenstraße. <p>In Planung mit voraussichtlichem Baubeginn 2009 bis 2010 sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Korschenbroicher Straße vier-spuriger Ausbau von Breitenbachstraße bis Volksbadstraße gemeinsam mit Landesbetrieb Straßen NRW; - Begradigung Hubertusstraße zur Anbindung an Mittleren Ring (Geistenbecker Ring) in Höhe Reststrauch <p>Darüber hinaus sind die folgenden Bundes- und Landesmaßnahmen im Straßenbau ebenfalls unmittelbar für die Stadt Mönchengladbach bedeutsam, da sie direkte Auswirkungen auch auf die innerstädtischen Verkehrsverhältnisse haben:</p> <ul style="list-style-type: none"> - A 52 und A 61: 6-spuriger Ausbau - L 381 (Korschenbroicher Straße) bis Korschenbroich 4-spurig 	<p>Die FDP setzt sich für den weiteren Ausbau des Mittleren Rings ein. Im Übrigen wende ich mich als Kandidat gegen die deutlichen Verkehrsbehinderungen, die durch den Beschluss des Verkehrsentwicklungsplanes in den nächsten Jahren umgesetzt werden.</p>	<p>Entflechtung des Knotens Berliner Platz, Durchführung der geplanten Maßnahmen im Zuge der Bismarckstraße – Steinmetzstraße , Maßnahmen im Zusammenhang mit City Ost. Keine Tunnelung der Steinmetzstraße, Keine Abbindung Viersener Straße - Steppesstraße.</p> <p>Im übrigen Maßnahmen nach den Erfordernissen, die sich aus dem noch zu beschließenden Verkehrsentwicklungsplan ergeben.</p>	<p>Seit 2002 hat das Aachener BSV Büro für Stadt- und Verkehrsplanung auf Ratsbeschluss für die Stadt einen neuen Verkehrsentwicklungsplan entwickelt. Der Entwurf empfiehlt, in Mönchengladbach ein klar gegliedertes Straßennetz auszuweisen, auf dem der größte Teil des Verkehr abgewickelt wird. Dieses vorgeschlagene und geprüfte Netz ist nach und nach auszubauen.</p> <p>Zum Beispiel ist klar, dass im östlichen Stadtgebiet eine Verkehrsentslastung dringend erforderlich ist. Da der Lückenschluss der Autobahn 44 zwischen den Anschlussstellen Mönchengladbach-Odenkirchen und Mönchengladbach-Ost inzwischen komplett aus dem Bundesverkehrswegeplan gestrichen worden ist, bewegt sich im östlichen Stadtgebiet eine große Zahl von Fahrzeugen in Nord-Süd-Richtung auf Straßen, die nicht als Durchgangsstraßen für größere Verkehrsmengen angelegt sind.</p>	<p>In der kommenden Legislaturperiode wird es darum gehen, den bis auf wenige strittige Vorhaben von allen Parteien im Grundsatz getragenen Verkehrsentwicklungsplan (VEP) zügig zu beschließen und mit der Umsetzung zu beginnen. Die ausreichende Leistungsfähigkeit des bestehenden Straßennetzes in Mönchengladbach für den Autoverkehr ist bei allen Beteiligten unbestritten. Mönchengladbach verfügt über eine in Mitteleuropa ideale Lage und ist gekennzeichnet durch eine ideale verkehrliche Anbindung mit drei Bundesautobahnen mit elf Abfahrten. Die Stadt liegt in unmittelbarer Nähe der Beneluxstaaten und der Metropolregion Rhein/Ruhr.</p> <p>Das Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) muss aus meiner Sicht erhalten und verbessert werden. Im Rahmen eines Nahverkehrsplanes müsste das vorhandene Streckennetz des ÖPNV untersucht und zu optimiert werden. Laut Aussage der Stadtverwaltung wäre durch das Szenario "Schiene" eine erhebliche Aufwertung des ÖPNV zu erreichen. Da die Weiterführung der S-Bahn mittelfristig aufgrund der Rahmenbedingungen unrealistisch erscheint, sollten Ansätze zumindest geprüft werden, den "ÖPNV-Schiene" im Bestand zu verbessern. Hierzu gehört u. a. die Prüfung eines Bahnhaltepunktes Hochschule / Hermges, bei dem nach Aussage der Verwaltung von einem hohen Fahrgastpotential auszugehen ist. Zudem würde die Realisierung eines solchen Haltepunktes dem Interesse der Stadt nach Weiterführung der S-Bahn Vorschub leisten.</p>	<p>Verkehrshemmende Fußgängerwege sind durch Fußgängerbrücken zu ersetzen, sodass nicht nur ein besserer Verkehrsfluss entsteht, sondern auch die Unfallgefahr für Fußgänger gemindert wird.</p> <p>Eine weitere Steigerung der Leistungsfähigkeit im Straßennetz kann durch bedarfsabhängige Ampelschaltungen erreicht werden.</p>
--	--	---	---	--	--	---

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkel



Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ilse Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=OCC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcikh_3

					<p>Gleichzeitig verbessert die Einrichtung eines solchen Haltepunktes das Image Mönchengladbachs als Hochschulstandort.</p> <p>Das Prinzip "Güter auf die Schiene und auf das Wasser" favorisiere ich eindeutig. Der Landtag NRW hat bekanntlich einstimmig seine Vorstellungen beschlossen, den Eisernen Rhein, die Güterzugverbindung zwischen Antwerpen und dem Ruhrgebiet, als Teilneubau entlang der Autobahn 52 zwischen Mönchengladbach/Viersen und niederländischer Grenze verlaufen zu lassen. Das muss mit dem Bund, Belgien und den Niederlanden noch auf einen Nenner gebracht werden. Der Eiserner Rhein geht, wenn überhaupt, nur mit dem nötigen Lärmschutz; dies gilt auch für die bestehenden Strecken. Dabei dürfen aber die Gesundheit der Menschen, die an stark belasteten Bahntrassen leben, wohnen oder arbeiten, nicht unberücksichtigt bleiben. Der Landtagsbeschluss beinhaltet lediglich Forderungen zu technischen Verbesserungen an den Zügen. So sollen so genannte Flüsterbremsen zum Einsatz kommen. Zunächst ist eine aber Grundsatzvereinbarung, die mit Belgien und den Niederlanden über die Finanzierung geschlossen werden muss, erforderlich. Erst danach kann sich der Landtag NRW mit allen Fragen der Planung näher befassen. Eine adäquate Trassenführung, die die Interessen von Mensch und Natur berücksichtigt, lässt sich nur in einem intensiven Dialog mit der Bevölkerung sowie mit der regionalen Politik und Verbänden ermitteln.</p>	
--	--	--	--	--	---	--

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkeln



Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ilse Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=OCC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcikh_3

					<p>Als Oberbürgermeister setze ich mich mit Vehemenz für die Qualifizierung des Radverkehrsnetzes ein, das Jahre lang in Mönchengladbach sträflich vernachlässigt wurde. In der Folge davon ist der Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehr für eine Großstadt wie Mönchengladbach erschreckend gering. Hier besteht gerade auch im Interesse der Attraktivierung der Innenstädte dringender Handlungsbedarf.</p> <p>Außerdem gilt es zu verhindern, dass in der Folge der HDZ-Ansiedlung der Verkehrsfarkt z.B. im Bereich der Bismarckstr. eintritt.</p>	
--	--	--	--	--	--	--

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkeln



Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ilse Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=0CC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcikh_3

<p>Welche Maßnahmen beabsichtigen Sie, um die Attraktivität der Innenstadt und der Stadtteilzentren zu verbessern?</p>	<p>Die Attraktivität der Innenstadt ist aus meiner Sicht im Wesentlichen abhängig von einer gesunden Mischung attraktiver Einrichtungen für Einkaufen, Wohnen und Arbeiten. Genau dieses haben wir bereits seit einiger Zeit - gemeinsam mit vielen engagierten Bürgern - im Zentrum von Rheydt geplant. Die jetzt anstehende Umsetzung der geplanten Maßnahmen, beginnend mit dem Wettbewerb für den Rheydter Marktplatz, haben wir für mich ebenso hohe Priorität wie die schnellstmögliche Realisierung des Handels- und Dienstleistungszentrums an der Hindenburgstraße. Dieses Vorhaben - umgesetzt in einer stadtverträglichen Größe - wird dazu angehen, Mönchengladbach als die Einkaufsstadt für den Niederrhein auch weiterhin attraktiv zu halten.</p> <p>Ferner möchte ich sowohl in der City wie auch in den Stadtteilzentren zentrumsnahes Wohnen verstärkt ermöglichen.</p> <p>Für die Attraktivität der Stadtteilzentren ist es hingegen wichtig, der Konkurrenz, insbesondere durch die Lebensmitteldiscounter auf der grünen oder grauen Wiese, nicht ohne Not den Weg zu ebnen. Ich habe dafür ein Nahversorgungs- und Zentrenkonzept erarbeiten lassen, das ich durch die Verwaltung gerne in Zukunft noch konsequenter umsetzen lassen möchte, wofür ich allerdings die vorbehaltlose Unterstützung durch die Politik benötige.</p>	<p>Die Attraktivität von Alt MG und Rheydt müssen gewährleistet bzw. gestärkt werden. Es ist aber keine seriöse Politik, hier konzeptlos Millionen zu versenken. Maßnahmen sollten sehr genau durchdacht sein und Geschäfte und Bürger einbeziehen.</p>	<p>Durch die jetzige unsinnige Einteilung der Stadt in Bezirke gibt es weder ein Stadtzentrum noch einem solchen zugeordnete, konkret erfassbare Stadtteilzentren. Damit wird jegliche Planung erschwert oder gar unmöglich gemacht. Ich werde den Versuch unternehmen, die Bereiche um die Hindenburgstraße (ehemaliges Stadttheater) und den Marktplatz / Ev. Hauptkirche Rheydt ohne Rücksicht auf die Grenzen zwischen den Stadtbezirken Nord und Süd als das Stadtzentrum zu werten. Die verkehrlichen Verbindungen dahin und darin sollen verbessert werden. Zentrale öffentliche Dienstleistungseinrichtungen als Frequenzbringer sollen in diesem Bereich belassen bzw. zusätzlich installiert werden. Damit wird dieser zentrale Bereich als Handels- und Dienstleistungsstandort interessant bleiben und gefördert. Ein ergänzendes Angebot an Gastronomie- und Unterhaltungsbetrieben soll diese Situation stützen. Damit wird der Standort auch für die Durchführung von Events geeignet, die in angemessenem Rahmen durch die Stadt zu fördern sind. Die Stadtentwicklungsplanung soll auf diesen zentralen Bereich ausgerichtet werden, damit die Stadt Mönchengladbach nach außen als einheitliches Großstadtganzen in Erscheinung tritt und nicht als eine Ansammlung von zwölf Dörfern. Dementsprechend soll die Ausrichtung der Stadtentwicklungsplanung für die Bezirke die Wohnqualität in kleineren Gemeinschaften stützen, denen die notwendigen Einrichtungen für die Nahversorgung zur Verfügung stehen.</p>	<p>Innenstädte brauchen einen Magneten. Deswegen hat das Handels- und Dienstleistungszentrum an der Hindenburgstraße eine hohe Priorität. In Rheydt bietet das von der CDU angestoßene Innenstadtkonzept mit einer Erneuerung des Rathausgevierts richtige Ansatzpunkte. Die Zentren müssen sowohl für die Mönchengladbacher Bürger als auch für die Menschen aus dem Umland an Attraktivität gewinnen.</p> <p>Die Stadtteilzentren sind als Nahversorgungszentren unverzichtbar und bedürfen in einigen Bereichen der Ergänzung. In Odenkirchen wird das Zentrum auf Initiative der CDU neu gestaltet, in Giesenkirchen wird in Kürze die Neugestaltung des Konstantinplatzes in Angriff genommen. Die CDU und ich haben also sowohl die Innenstädte als auch die Stadtteilzentren fest im Blick.</p>	<p>Mönchengladbach verfügt mit annähernd 510.000 Quadratmetern über eine gigantische Masse an Einzelhandelsflächen und nimmt damit einen Spitzenplatz in Deutschland ein. Trotzdem sollen diese Flächen weiter wachsen: 30.000 m² am Standort Schauspielhaus und gleich noch mal 25.000 m² in der City Ost.</p> <p>Zu dem sieht der Haushalt der Stadt Mönchengladbach im Zusammenhang mit dem geplanten Handels- und Dienstleistungszentrum an der Hindenburgstraße im Jahr 2009 öffentliche Ausgaben in Höhe von 9,5 Millionen Euro und 4,46 Millionen Euro im Jahr 2010 vor. Die Belastung der Bürgerinnen und Bürger Mönchengladbachs mit einer solchen Ausgabe lehne ich von ab.</p> <p>Ziel für Mönchengladbach muss es sein, die urbanen Zentren und Stadtteilzentren mit attraktiven Wohn-, Kultur-, Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten unter strikter Beachtung des Nahversorgungs- und Zentrenkonzepts zu stärken.</p> <p>Dazu gehört auch die Umsetzung des beschlossenen Innenstadtentwicklungskonzeptes Rheydt. Dabei kann der Ankauf des Bahnhofsgebäudes in Rheydt nach dem Vorbild der Stadt Viersen der Rheydter Innenstadt in enger Verzahnung mit den derzeitigen Planungen für die Innenstadt Rheydts einen erfolgreichen Schub geben. Der Bahnhof könnte zu einem zentralen Kommunikationspunkt umgestaltet werden.</p>	<ol style="list-style-type: none"> 1. Unsere Stadt benötigt ein sogenanntes „Alleinstellungsmerkmal“. Wir haben hierfür ein Konzept entwickelt, welches nicht nur die beiden Innenstadt attraktiver macht, sondern auch auf besondere Weise miteinander verbindet. 2. In den beiden Zentren sollten die Bürgersteige der Einkaufsstraßen mit Glasdächern versehen werden, um das Einkaufen witterungsunabhängig und attraktiver für die Besucher zu ermöglichen. 3. Für beide Zentren und das Zusammenwachsen haben wir als ZENTRUM ein umfangreiches Konzept entwickelt, das unter „www.Zentrumspartei-MG.de“ einzusehen ist.
---	--	---	--	--	---	---

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkeln



Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ilse Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=0CC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcikh_3

					<p>In Viersen erwarb die Stadt den Bahnhof, überplante ihn und veräußerte ihn an einen Investor, der das herunter gekommene - in Abstimmung mit der Deutschen Bahn und Bahn - das herunter gekommene Gebäude attraktiv umgestaltete.</p> <p>Gleichzeitig darf die Politik nicht länger tatenlos hinnehmen, dass die zentralen Lagen der Stadt durch die planlose Ansiedlung von immer mehr Discountern mit innenstadtrelevanten Sortimenten geschwächt werden. Deshalb ist das vom Rat einstimmig beschlossene Einzelhandelskonzept einzuhalten. Aber auch um die Nahversorgung zu sichern, darf hiervon nicht abgewichen werden.</p> <p>Für die Stadtentwicklung muss gelten: Innenstadtentwicklung geht vor Außenentwicklung. Diese Zielrichtung ist im Leitbild der Stadt Mönchengladbach als Ziel festzulegen und vom Rat als Maxime des Verwaltungshandels zu beschließen.</p> <p>Die beiden Citymanagements müssen darüber hinaus mit der Marketing Gesellschaft (MGMG) und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFMG) besser operativ verzahnt werden.</p> <p>Es ist an der Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFMG), in dieser Mission endlich aktiv werden. Um Fehlentwicklungen entgegen zu wirken, muss die Stadt über ihre Gesellschaften als Projektentwickler auftreten und über den Zwischenhandel von Grundstücken auch die Nutzungen mitbestimmen.</p>	
--	--	--	--	--	---	--

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkeln



Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ilse Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=0CC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcikh_3

					<p>Da in den zurückliegenden Jahren die Entwicklungsgesellschaft (EWMG) bei ihrer Aufgabe, Stadtentwicklung zu betreiben, den Nachweis schuldig geblieben ist, schlage ich vor, diese Gesellschaft aufzulösen und ihre bisherigen Aufgaben in das Dezernat VI (Planung und Bauen) zu integrieren.</p> <p>Das Ziel die Sauberkeit in Mönchengladbach deutlich zu erhöhen, sollte fest im städtischen Leitbild verankert werden. Die Ergebnisse müssen dokumentiert und fortlaufend überprüft werden. Eine städtische Beteiligungsgesellschaft wie die GEM muss sich an daran messen lassen, was sie als Dienstleister für die Sauberkeit der Stadt erbringt. In das städtische Beteiligungscontrolling wäre ein Managementsystem mit entsprechenden Qualitätskonzepten zu integrieren.</p> <p>Andernorts konnten Gestaltungsbeiräte mit Beteiligung der Architektenschaft den Nachweis erbringen, dass durch die Beteiligung von Sachverständigen Städte in ihrer Gestaltung architektonisch, städtebaulich und ästhetisch gewinnen können. Ein Gestaltungsbeirat täte Mönchengladbach sicher gut.</p>	
--	--	--	--	--	---	--

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkeln



Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ilse Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=OCC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcikh_3

<p>Welche Aktivitäten planen Sie, um der kritischen demografischen Entwicklung Rechnung zu tragen (z. B. Maßnahmen, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern)?</p>	<p>Ehrlicherweise gehört für mich zu jeder Diskussion um die demographische Entwicklung die Einsicht, dass sich hier Prozesse abspielen, die sich nicht einfach per Knopfdruck beheben lassen und deren Ursachen nicht alleine auf der lokalen Ebene zu suchen sind.
</p> <p>Gleichwohl: Drei Aspekte möchte ich in den nächsten Jahren konkret angehen:</p> <p>Ich werde auch weiterhin versuchen, Mönchengladbach als Lebens- und Lernort für Jung und Alt aufzustellen. Die hierfür notwendigen Angebote müssen dabei auch in Zukunft sowohl in der Menge als auch in der inhaltlichen Ausrichtung an den sich wandelnden Bedarfen orientiert sein, was in der Planung und Ausgestaltung einen engen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern voraussetzt. Nur so kann Notwendiges mit Machbarem zusammengeführt werden. Diesen Prozess möchte ich mit einem lokalen Bündnis für Familien zu gestalten und den Menschen in Mönchengladbach eine Art von Zukunftsvertrag anzubieten. Als konkreten Schritt dorthin hat meine Fachverwaltung vor kurzem einen Familienbericht vorgelegt, der neben einer umfassenden Bestandsaufnahme weitere konkrete Maßnahmen für Familien vorschlägt. Auf dieser Basis soll dann ein "Familienatlas" im Internet alle Angebote und Ansprechpartner im Zusammenhang mit Schwangerschaft, Geburt, Erziehung und Betreuung übersichtlich und transparent darstellen.</p> <p>Ferner werde ich mich für die Weiterentwicklung des Bildungsstandortes Mönchengladbach einsetzen.</p>	<p>Mönchengladbach hat aufgrund der Privatisierung des Altenheimbereiches und einer traditionell guten Hilfestruktur bislang bei der zunehmenden Überalterung der Gesellschaft Stärke gezeigt. Im Jugendbereich konnte dank Einsatz der FDP das Kindergartenangebot und der U3 Bereich deutlich ausgebaut werden. Hier werde ich entsprechend der bisherigen Erfolge konsequent weiterarbeiten und mich beispielsweise für eine deutliche Ausweitung des Angebotes an Tagesmüttern einsetzen.</p>	<p>Ich werde mich dafür einsetzen, das gesellschaftliche und wirtschaftliche Potenzial der Alten in der Bevölkerung besser zu nutzen als bisher. Damit erfolgt eine stärkere Einwirkung auf die durch die demographische Entwicklung erzeugte Problematik. Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sehe ich nicht in erster Linie als Notwendigkeit, die durch die demographische Entwicklung begründet ist. Hier sehe ich eine Problemstellung, die eher in der bisher gepflegten gesellschaftlichen Herabwürdigung von Frauen begründet ist, die statt im Beruf ihre Aufgabe nur in der Familie erfüllen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist deshalb eine Aufgabe im Rahmen der Familienförderung, aber von der demographischen Situation unabhängig. Auch dieser Aufgabe werde ich die erforderliche Aufmerksamkeit widmen.</p>	<p>Wir brauchen jeden Menschen. Deshalb muss jeder bis an die Grenz seiner Möglichkeit ausgebildet werden. Nur dann werden wir alle, vor allem aber unsere Kinder den Standard einigermaßen halten wollen.</p> <p>Das bedeutet früh fördern und fordern.</p> <p>Fit machen für die Bildung.</p> <p>Besonders aber auch Ausbildung der Tugenden und der Persönlichkeit als Grundlage späterer Ausbildung.</p> <p>Jeder der ausbildungsfähig ist, muss einen Ausbildungsplatz bekommen, weil wir jeden benötigen werden. Dabei wird die Wirtschaft im eigenen Interesse versuchen, so viele wie möglich auszubilden, um nach drei oder vier Jahren genügend Fachleute zu haben.</p> <p>Das Kombilohnmodell mit der ARGE habe ich bereits erwähnt.</p> <p>Eine weitere Erhöhung der Betreuungsplätze für unter Dreijährige ein wichtiger Schritt nicht als Selbstzweck sondern zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch als wichtiger Beitrag zur Integration von Kindern unserer ausländischen Mitbürger.</p> <p>Familienzentren bieten die Möglichkeit, Eltern in Betreuung und Erziehung ihrer Kinder zu unterstützen und Hilfe in allen Lebensphasen anzubieten. Der Ausbau der Familienzentren muss also fortgeführt werden und sie müssen in einigen Grundschulen als Beratungsangebot entstehen.</p> <p>Die Stadt muss darüber hinaus Wohnbereiche gerade in den Innenstädten weiter entwickeln, die besonders für Familien interessant sind.</p>	<p>Damit dieser Wandel, die sich hieraus ergebenden Herausforderungen und Veränderungen gestaltet werden können, muss sich die Kommunalpolitik mit den Politikfeldern befassen, die mittelfristig die demographische Entwicklung beeinflussen, wie Familienpolitik, Fragen von Bildung und Ausbildung unserer Kinder, eine aktive Zuwanderungs- und Integrationspolitik, in der Senioren-, aber auch in der Stadtentwicklungspolitik. Hieraus gilt es Handlungsschwerpunkte abzuleiten sowie Strukturen zur Bearbeitung der gesetzten Ziele vorzuschlagen:</p> <p>Im Zuge der Bildungspolitik setze ich mich dafür ein, Mönchengladbach zu einer Stadt zu machen, die es mit ihren Schulen schafft, Jugendliche zu höherwertigen Schulabschlüssen zu führen, einen Spitzenplatz einnimmt. Diese Möglichkeit muss auch explizit für Kinder aus bildungsfernen sozialen Schichten und solchen mit Migrationshintergrund gelten. Dazu muss die soziale Durchlässigkeit der Schul- und Bildungslandschaft in Mönchengladbach gesteigert werden. Dabei setze ich mich dafür ein, die vorhandenen Verwaltungsstrukturen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Schulpolitik zu optimieren und zu vernetzen. Im Bereich der Integrations- und Migrationspolitik muss die Arbeit des Integrationsbeauftragten und des Integrationsrates gestützt und gefördert werden; die Einrichtung eines Integrationsausschusses ist zu überprüfen.</p> <p>Im Bereich der Kinder- und Familienpolitik muss das Ziel lauten, familienfreundlichste Stadt in NRW zu werden. Dazu gehören insbesondere die Vereinbarkeit von Beruf/ Qualifizierung und Familie.</p>	<p>Wir planen Aktivitäten, die alle Bürger/innen betreffen und zu einem lebens- und liebenswerteren Mönchengladbach beitragen sollen.</p> <p>Mehr Betreuungsplätze, mit mehr Flexibilität</p> <p>Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Qualifizierung zu ermöglichen, bedarf es eines besseren Betreuungsangebots für unter Dreijährige (sogenannte U-3-Betreuung). Dieses Angebot muss für alle zugänglich, beitragsfrei und in den Öffnungszeiten deutlich flexibler den Arbeitszeiten der Menschen angepasst sein – so wie es auch in anderen Kommunen bereits erfolgt. Auch ist die Einbeziehung unserer Mitmenschen mit Migrationshintergrund ein wesentlicher Baustein zur Verbesserung des Betreuungsangebots sowie zur Vorbereitung auf die Schulzeit.</p> <p>JA, zu Haupt- und Gesamtschulen, aber mit mehr Qualität</p> <p>Wir setzen uns für eine qualitative und damit qualifizierende Ausrichtung der Haupt- und Gesamtschulen in Mönchengladbach ein. Eine entsprechende Ausbildung des Personals ist hierfür Grundvoraussetzung, um die Schülerinnen und Schüler angemessen zu fördern und zu fordern. Auch die Klassengrößen müssen in allen Schulformen reduziert werden, sodass auf die individuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten eines jeden Einzelnen dem Bildungsgang entsprechend gezielt eingegangen werden kann.</p> <p>Eltern sollen u.a. mit Hilfe der Empfehlung für die weiterführende Schule die Schule für ihr Kind auswählen können, welche das Profil (Schulprogramm) hat, um ihr Kind angemessen zu fördern und zu fordern. Wenn</p>
--	---	---	---	--	---	--

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkeln



Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ise Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=0CC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcikh_3

	<p>Bereits vor zwei Jahren sind wir als Bildungs-Modellregion des Landes Nordrhein-Westfalen anerkannt worden und ich bin davon überzeugt, dass gute schulische Bildungsangebote ein handfestes Argument für Eltern sein kann, einen Umzug nach Mönchengladbach in Erwägung zu ziehen.</p> <p>Damit wir diese Zielgruppe nicht abweisen müssen, wenn sie sich für unsere Stadt als Wohnstandort entscheiden, stehe ich schließlich für die Bereitstellung bezahlbarer Baugrundstücke in Citynähe, die Platz bieten für gute Architektur, die aber nicht teuer sein muss. Hier erwarte ich aber auch von unseren örtlichen Architekten und Bauträgern pfiffige Lösungen zu fairen Preisen.</p> <p>Dies sind neben dem Kampf um jeden Arbeitsplatz meine konkrete Bestandteile eines Paketes, mit dem ich die Schrumpfung der Stadt in den nächsten 5 Jahren stoppen möchte.</p>			<p>So müssen wir trotz neuer Angebote für Senioren eine gesunde Durchmischung von Jung und Alt in den Innenstadtbereichen erhalten. So kann man gesunde soziale Strukturen bilden.</p>	<p>Die Stadtentwicklung muss auf zukunftsfähiges Wohnen ausgerichtet sein. Im Bereich der Bildung und Qualifizierung muss klar sein, dass Lernen nicht nach der Schule aufhört. Der Bereich der Alten-, Sport- und Gesundheitspolitik muss ebenso zukunftsfähig gemacht werden wie der Bereich Wirtschaftsförderung, Kommunale Finanz- und Gebührenpolitik, wo nachhaltig gewirtschaftet werden muss.</p> <p>Um die Effektivität der Bearbeitung des Themas innerhalb der Verwaltung zu verbessern, schlage ich einen verwaltungsinternen Steuerungskreislauf sowie eine amts- und dezer-natsübergreifende Projektorganisation vor. Die politischen Gremien sollen durch einen jährlichen Demographiebericht über Zielerreichung und Veränderung informiert werden.</p> <p>Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch damit junge Familien sich in Mönchengladbach ansiedeln, müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden. Die Stadt braucht mehr Ganztagschulangebote und die Betreuung, der Angebote für Kinder unter 3 Jahren (U-3-Betreuung) müssen ausgebaut werden. Langfristig müssen die Kindergärten für die Eltern wie in anderen Kommunen und Bundesländern beitragsfrei, die Öffnungszeiten flexibel angeboten werden. Günstige und für Familien mit Kindern attraktive Mietwohnungen müssen ausreichend vorhanden sein. Das gleiche gilt für finanzierbare Baugrundstücke.</p> <p>Die Höhe der Lebenshaltungskosten gehört zu den Indikatoren, die über die Zukunftsfähigkeit einer Stadt entscheiden.</p>	<p>Schülerinnen oder Schüler von einer Schule abgelehnt werden, sind die Gründe transparent den Betroffenen mitzuteilen und akzeptable Alternativen anzubieten.</p> <p>Um auch im Anschluss an die Schulzeit die qualifizierte Jugend für Mönchengladbach zu gewinnen, sind attraktive Berufs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote zu entwickeln bzw. bewährte Angebote zu unterstützen.</p>
--	--	--	--	--	--	--

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkeln

FWG
Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ilse Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionId=OCC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcihk_3

					<p>Weil Erhalt und Sicherung der Zukunftsfähigkeit einer Stadt zu den vorangigen Aufgaben eines Oberbürgermeisters gehören, werde ich die Gebührenhöhe und die Möglichkeiten, diese zu senken, durch ein unabhängiges Expertengremium untersuchen lassen.</p>	
--	--	--	--	--	---	--

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkeln



Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ilse Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=OCC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcikh_3

<p>Über die Zukunft des Flughafens Mönchengladbach existieren unterschiedliche Vorstellungen. Wie lautet die Position Ihrer Partei? Soll der Flughafen ausgebaut werden?</p>	<p>Sowohl meine Partei wie auch ich als amtierender Oberbürgermeister von Mönchengladbach haben uns immer klar zum Ausbau des Flughafens bekannt. Ich denke, dass eine moderate Verlängerung der Landebahn dem Flughafen eine wirtschaftliche Auskömmlichkeit sichern wird, Arbeitsplätze für Stadt und Region schafft und die Belastung unserer Nachbarn, welche von diesen immer wieder kritisch angesprochen wird, in einem verträglichen Maß hält.</p> <p>Als Großstadt in einem hochverdichteten Ballungsraum braucht Mönchengladbach aber leistungsfähige Verkehrsverbindungen auf allen Ebenen. Dazu zählen neben Autobahnen und Flugstrecken auch und gerade zeitgemäße Schienenverbindungen. Hierfür habe vor wenigen Wochen mit meinen Kollegen aus Eindhoven, Venlo und Düsseldorf verabredet, in den nächsten 5 Jahren bei den nationalen Bahngesellschaften und der EU verstärkt Werbung zu betreiben und ein konkret durchgerechnetes Modell vorzulegen, wie wir zwischen Rhein-Ruhr via Mönchengladbach bis Eindhoven und weiter nach Rotterdam eine Intercity-Verbindung etablieren können. Mit diesem konkreten Schritt möchte ich unsere Stadt wieder an den internationalen Fernverkehr anschließen.</p>	<p>Die FDP steht für eine Realisierung des Flughafenausbaus. Allerdings muss es in unseren Augen nicht unbedingt ein Ausbau auf 2400 m sein, ein Businessairport und Werftenstandort mit 1800 m Landebahn wäre ebenfalls zielführend.</p>	<p>Der Flughafen kann bei der jetzt erkennbaren Lage nur ausgebaut werden, wenn und soweit es gelingt, die Bedarfsabschöpfung durch den Flughafen Düsseldorf aufzuheben oder zu vermindern.</p>	<p>Die Faustformel gilt nach wie vor: Rund eine Millionen Passagiere schaffen 1.000 Arbeitsplätze. Mönchengladbach und die Wirtschaft in der Region können mit einem funktionsfähigen Flughafen die Entwicklung für moderne Unternehmen unterstützen. Dafür ist der Ausbau der Start- und Landebahn zwingend erforderlich. Ich werde weiter auf Verhandlungen mit dem Partner „Düsseldorf international“ setzen, damit der Flughafen adäquat ausgebaut werden kann.</p>	<p>Der Verkehrslandeplatz Mönchengladbach schreibt seit Jahrzehnten tiefrote Zahlen. Betragen die Defizite des Gladbacher Airports in den 80er Jahren noch 5 Millionen DM jährlich, so lagen sie in den letzten Jahren kontinuierlich bei rund 5 Millionen Euro pro Jahr. Die Stadt Mönchengladbach ist über die NVV AG, die ihr zu 50 Prozent gehört, am Verkehrslandeplatz Mönchengladbach beteiligt. Die Verluste trägt zur Zeit noch die Gesellschafterin Flughafen Düsseldorf GmbH, die zur Hälfte der Stadt Düsseldorf und zur Hälfte einem privaten Konsortium gehört, an dem die Firma Hochtief die Mehrheit hat.</p> <p>Dieser Vertrag läuft bis zum 31.12.2010, mit einer Kündigungsfrist von sechs Monaten, sonst verlängert sich der Vertrag automatisch um ein Jahr. Dann muss neu über die Vertragsmodalitäten verhandelt werden. Es gibt einen Beschluss des Aufsichtsrates der NVV AG vom 19.3.2009, der besagt, dass die NVV AG auf keinen Fall die Verluste des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach übernimmt.</p> <p>Die Niederrheinische Versorgung und Verkehr NVV AG gehört zu 50 Prozent der Stadt Mönchengladbach. Der andere Anteilseigner ist die RWE AG, dem die anderen 50% der NVV AG gehören. Da der Verkehrslandeplatz Mönchengladbach bei der NVV AG zur sogenannten Stadtparte zählt, hat das RWE mit den Verlusten des Verkehrslandeplatzes nichts zu tun.</p>	<p>Wir sprechen uns für einen Ausbau des Flughafens für mittelgroße Maschinen aus. Eine Verlagerung des Geschäftsflugverkehrs von Düsseldorf wäre möglich und dient zur Entlastung des Düsseldorfer Flughafens, schafft in Mönchengladbach neue Arbeitsplätze und stärkt die Wirtschaft, da es einen weiteren Beitrag zur Attraktivität für Unternehmen darstellt.</p> <p>Die Lärmbelastung muss jedoch beseitigt werden. Dies soll u.a. durch ein Nachtflugverbot und den Einsatz modernster Maschinen erreicht werden. Auch eine Auslagerung der Sportflieger mit ihren "Knattermaschinen" auf andere Standorte (denkbar wäre Elmpt) trägt zur Verminderung der Lärmbelastung bei.</p> <p>Die Flughäfen Mönchengladbach und Düsseldorf sollten mit einem Shuttle-Verkehr verbunden werden. Dieser könnte kurzfristig per Bus erfolgen. Langfristig setzen wir uns für eine Schienenanbindung der Flughäfen ein.</p>
---	---	---	---	---	---	---

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkeln



Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ilse Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=OCC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcikh_3

					<p>Bei der desolaten Haushaltslage Mönchengladbachs ist der Bevölkerung nicht zu vermitteln, dass sich die Stadt ab 2011 direkt oder indirekt über die NVV AG an den laufenden oder zukünftigen Verlusten des Verkehrslandeplatzes beteiligt. Gleiches gilt für die erforderlichen Investitionen: 2006 sollte die neue Startbahn 60 Millionen Euro, Hallen und Terminal 40 Millionen Euro kosten.</p> <p>Kein Regionalflughafen in Deutschland, erst recht nicht in der Konkurrenzsituation unseres Ballungsraums, konnte die Erwartungen der Befürworter erfüllen. Für einen Regionalflughafen Mönchengladbach existiert kein Bedarf und ein tragfähiges wirtschaftliches Konzept bleiben die Befürworter bisher der Öffentlichkeit gegenüber schuldig. Nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen lehne ich deshalb den Ausbau des Verkehrslandeplatzes zum Flughafen rigoros ab. Es ist unverantwortlich, wenn sich die NVV AG zu Lasten einer möglichen Verbesserung des städtischen Haushaltes und auf Kosten des Steuerzahlers mit vielen Millionen an einem zum Scheitern verurteilten Unternehmen beteiligt. Zudem liegt bisher kein Antrag auf einen Ausbau vor.</p> <p>Im Rahmen der Überarbeitung des Flächennutzungsplanes der Stadt Mönchengladbach, trete ich dafür ein, zu prüfen, inwieweit die Fläche des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach als interkommunales Gewerbegebiet (Mönchengladbach/Korschenbroich/Willich) umgenutzt werden kann.</p>	
--	--	--	--	--	---	--

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkeln



Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ilse Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=0CC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcikh_3

<p>Die britische Armee zieht ihre Truppen aus Mönchengladbach ab. Dies bedeutet, dass das Gelände des JHQ ab 2014 verwaist sein wird. Welche zukünftige Nutzung streben Sie an?</p>	<p>Zuerst einmal bedeutet der Abzug der britischen Soldaten aus dem JHQ für mich wie für viele Mönchengladbacherinnen und Mönchengladbacher einen großen persönlichen Verlust, das Menschen in ihre Heimat zurückkehren, die uns sehr ans Herz gewachsen sind. Was unserer Stadt bleiben wird, ist eine der größten Militärflächen-Konversionen der deutschen Nachkriegsgeschichte. Es ist völlig klar, dass wir aus Eigenmitteln diese Aufgabe nicht werden bewältigen können. Ich habe daher Anfang dieses Jahres den nordrhein-westfälischen Bauminister angeschrieben und dringend um rasche Unterstützung gebeten. Leider steht eine Antwort noch aus und ich hoffe nicht, dass die Landesregierung uns mit dieser Aufgabe alleine lässt.</p> <p>Klar ist: Vor 50 Jahren haben Mönchengladbach und seine Bürgerinnen und Bürger mit der Enteignung des Geländes für das JHQ ein Sonderopfer im Dienste der friedlichen Integration Deutschlands in die NATO gebracht. Nun, da dieses Gelände nicht mehr benötigt wird, kann es nicht sein, dass wir quasi ein zweites Mal belastet werden. </p> <p>Wichtig ist für mich: Eine Nachnutzung des JHQ muss stadtentwicklerisch sinnvoll sein und darf den Steuerzahler nicht zusätzlich belasten, darf also für die Stadt Mönchengladbach und ihre Bürger nicht zu einem Zuschussgeschäft werden. Gegenüber Nutzungsideen gleich welcher Art bin ich dabei grundsätzlich offen und will daher zum jetzigen Zeitpunkt auch nichts ausschließen.</p>	<p>Beim JHQ handelt es sich um eine 420 ha große Fläche. Das ist deutlich zu viel, um die Entwicklung des Gebietes alleine durch die Stadt in Bewegung zu setzen. Versäumt wurde bislang von der Führung der Stadt, dieses Thema mit hoher Priorität bei Bund und Land zu platzieren. Mit massiver Unterstützung von Bund und Land wäre die Ausschreibung eines Ideenwettbewerbes an Universitäten ein vielversprechender Ansatz.</p>	<p>Ich sehe im JHQ wie der bisherige städtische Planungsdezernent Helmut Hormes eine auf die Dauer der militärischen Nutzung begrenzt notwendige Einrichtung. Mit dem Abzug der letzten militärischen Einheiten endet diese Nutzung. Der Bereich sollte danach renaturiert werden. Die Stadt Mönchengladbach hat weder Bedarf noch die Möglichkeiten, hier einen weiteren Stadtteil zu unterhalten, mit welcher Nutzung auch immer.</p>	<p>Der Abzug aus dem NATO-Hauptquartier in Rheindahlen wirkt sich auf das gesamtstädtische Leben aus. Zahlreiche Arbeitsplätze gehen verloren. Wir verlieren auch gute Freunde, die sich am gesellschaftlichen Leben in dieser Stadt beteiligt haben. Das Gelände erstreckt sich über 420 Hektar. Das sind rund zwei Prozent der Gesamtfläche Mönchengladbachs. Ich habe das Gelände des JHQ bei Gesprächen in der Region mit dem Staatssekretär im Wirtschaftsministerium als Sonderfläche für wirtschaftliche Großansiedlungen für den Landesentwicklungsplan ins Gespräch gebracht. Wir müssen alle, so auch diese Optionen für diesen Bereich prüfen und durchspielen.</p>	<p>Im Zuge des Abzugs fallen tausend Arbeitsplätze im zivilen Bereich weg. Bekanntlich liegt die Arbeitslosigkeit in Mönchengladbach überdurchschnittlich hoch. Analog der Strukturbeihilfen, die vom Truppenabbau betroffene Städte bzw. Regionen im Osten und im Westen Deutschlands in Vergangenheit erhalten, werde ich mich in Düsseldorf, Berlin und Brüssel dafür einsetzen, dass Mönchengladbach zur Bewältigung dieses erneuten Strukturwandels angemessene Beihilfen von EU, Bund und Land erhält. Hier fordere ich nachdrücklich die nachhaltige Unterstützung der Landes-, Bundesregierung und der Europäischen Kommission in Brüssel. Die politische Aktivität auf dem Handlungsfeld der Beschäftigungssicherung ist momentan absolut vorrangig.</p> <p>Weil es nicht zielführend ist, sich in Spekulationen zu ergeben und in der Bevölkerung unrealistische Erwartungen zu wecken, halte ich es für erforderlich - bezogen auf die zukünftige Nutzung der zwischen den Ortsteilen Hardt und Rheindahlen gelegenen Fläche - frühzeitig mit einem Planungsprozess zu beginnen. Denn im Hinblick auf das Gelände des JHQ steht der Stadt Mönchengladbach ab dem Jahr 2014 ein lang andauernder Konversationsprozess bevor. Dabei ist zu untersuchen, welche Potentiale in einer Fläche wie der des JHQ liegen und ob, wie beim NordPark, die Stadt Mönchengladbach die gesamte Fläche von der Bundesrepublik Deutschland erwerben und entwickeln sollte. Dieser Prozess ist ergebnisoffen und kann auch nur mit (finanzieller) Unterstützung von EU, Bund und Land bewältigt werden.</p>	<p>Die bestehende Infrastruktur – z.B. Kanal-, Versorgungs- und Energiepunkte – stellen einen hohen Wert dar. Diese Einrichtungen sollten genutzt werden für Klein- und Mittelgewerbe in Kombination mit Wohnen und Freizeit.</p> <p>Insbesondere sind zukunfts-trächtige und umweltschonende Gewerbebetriebe zu bewerben.</p> <p>Zudem könnten Investoren gewonnen werden, die größere Flächen als Erlebnis- und Freizeitparks umgestalten.</p>
--	--	---	---	--	--	--

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkeln

FWG
Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ilse Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=0CC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcihk_3

	<p>Allerdings ist für mich auch die so genannte Nullvariante, d.h. der vollständige Rückbau der Gebäude und die Wieder-Aufforstung eine realistische Option, vielleicht unterstützt und gefördert im Rahmen einer Bundes- oder Landesgartenschau oder einer ähnlichen Rahmenveranstaltung.</p>				<p>Wenn sich in diesem Prozess herausstellt, dass es weder Nutzer noch einen Bedarf für eine Gewerbe-, Dienstleistungs-, Wohnungs-, Bildungs- oder Freizeit-Nutzung gibt, muss der Bund als Eigentümer der Fläche auf den Rückbau und die Renaturierung verpflichtet werden.</p>	
--	--	--	--	--	--	--

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkeln



Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ilse Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=0CC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcikh_3

<p>Durch welche Maßnahmen wollen Sie mittel- und langfristig die Schulden ihrer Kommune reduzieren?</p>	<p>Eine dauerhafte Sanierung der Schulden unserer Stadt kann zum einen sicherlich nur gelingen, wenn alle Sparpotentiale ausgeschöpft werden. Diesen Konsolidierungswillen haben wir in der Vergangenheit immer wieder bewiesen und er begleitet uns als dauerhafte Aufgabe. Eine erfolgreiche Konsolidierung kann dabei durchaus beinhalten, zunächst einmal Geld in die Hand zu nehmen, um mittel- und langfristig zu sparen. So spart das heute in die Unterstützung der Familien und die Erziehung der Kinder investierte Geld auf lange Sicht hohe Folgekosten.</p> <p>Eine dauerhafte Gesundung der Kommunalfinanzen kann jedoch nicht allein aus eigener Kraft der Kommune erreicht werden. Es ist eine Gemeindefinanzreform erforderlich, die es den Kommunen ermöglicht, mit verlässlichen Einnahmen rechnen zu können und den Städten wenigstens das finanzielle Existenzminimum sichert. Die Finanzbeziehung zwischen dem Bund und den Kommunen muss den unmittelbaren Zufluss von Bundesmitteln an die Städte ohne zwischengeschaltete Länder ermöglichen.</p> <p>Die Städte haben einen erheblichen Beitrag zum Abbau der Altschulden erbracht. Zugleich aber werden neue Aufgaben, wie beispielsweise die Übertragung der Versorgungsverwaltung auf die Kommunen ohne finanziellen Ausgleich durch das Land, vorgenommen.</p> <p>Bevor solche strukturellen Mängel nicht behoben sind, werden die Schulden der Kommunen und damit auch der Stadt Mönchengladbach nicht dauerhaft reduziert werden.</p>	<p>Auf der Ausgabenseite müssen leider auch die letzten Spielräume genutzt werden - auch wenn die Einsparmöglichkeiten mittlerweile nahezu erschöpft sind, wie uns externe Gutachter belegen. Vielversprechender ist die Einnahmenseite. Eine aggressive Ansiedlungspolitik und eine deutliche Ausweitung der Wirtschaftsförderung sind mein Rezept gegen die Strukturchwäche der Stadt und die geringen Gewerbesteuererlöse.</p>	<p>Ich werde versuchen, die Kaschenkreditaufnahme zu reduzieren, weil hier die Hauptursache für die Höhe der Verschuldung liegt. Das Investitionskreditvolumen ist in den letzten Jahren bis auf die letzte Möglichkeit reduziert worden. Voraussetzung für meine Maßnahmen ist der baldige Abschluss der seit langem laufenden Untersuchungen über die Ursachen des Kaschenkreditanstiegs. Diese Untersuchung wurde auf Veranlassung der FWG vom Haushaltskonsolidierungsgutachter Rödel u. Partner empfohlen.</p>	<p>Das Rödel-Gutachten hat gezeigt, dass fast alle Sparpotentiale ausgeschöpft sind. Eine Gemeindefinanzreform ist - nicht nur für Mönchengladbach - unumgänglich, wenn die Städte handlungsfähig bleiben sollen, weil die Aufgaben der Kommunen in den letzten Jahrzehnten größer geworden sind.</p> <p>Bund und Länder müssen die kommunalen Haushalte entlasten und/oder die Gemeinden stärker an den Steuern beteiligen. Eine Politik der Nachhaltigkeit, für die ich stehe und für die ich mich beim Land NRW und beim Bund in Berlin zusammen mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Günter Krings stark machen werde muss den Erfüller der Aufgaben dazu in die Lage versetzen..</p> <p>Die Stadt kann ihren Beitrag dazu leisten, indem sie die Energiekosten in den städtischen Gebäuden weiter senkt, alle öffentlichen Gebäude aber auch Aufgaben in der Verwaltung auf den Prüfstand stellt. Aus Kostengründen setzte ich mich dafür ein, Verwaltung möglichst zentral an wenigen geeigneten Standorten zu organisieren, ohne dass der Bürgerservice eingeschränkt wird. Eine weitere Personalreduzierung ist ohne Aufgabenreduktion(Gesetze) nicht machbar, denn weitere Einsparungen in diesem Bereich würde mit einem Wegfall von Leistungen einhergehen: dies ist gesondert zu diskutieren.</p>	<p>Wir befinden uns in der größten Wirtschaftskrise Deutschlands seit 1929. Die lokalen Auswirkungen des gewaltigen Nachfragerückgangs im Bereich des Exports und die Ausmaße der Krise auf dem Arbeitsmarkt werden momentan noch durch die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes auf 24 Monate verdeckt. In über 480 Abteilungen und Betrieben im Arbeitsamtsbezirk Mönchengladbach wird kurzgearbeitet.</p> <p>Die aktuelle Wirtschaftskrise wird aufgrund der nach wie vor bestehenden Konjunkturabhängigkeit der Gewerbesteuer Mönchengladbach mit einer exportorientierten Branchenstruktur dramatisch treffen. Durch sinkende Einkommenssteuereinnahmen und steigender Sozialausgaben aufgrund wachsender Arbeitslosenzahlen zeichnet sich für Mönchengladbach mit seiner bestehenden Haushaltskrise eine Verschärfung der kommunalen Finanzkrise ab, die das Konjunkturpaket II des Bundes allenfalls leicht abfedern kann.</p> <p>Schon in den vergangenen Jahrzehnten gehörte Mönchengladbach zu den Städten in NRW, die im Zuge des industriellen Strukturwandels etliche zehntausend Arbeitsplätze verlor. Die Stadt ist hoch verschuldet. Eine politische Gestaltung des Strukturwandels in Mönchengladbach unterblieb in Mönchengladbach über sehr lange Zeit.</p> <p>Ebenso wenig wie die Städte im Osten nach der deutschen Wiedervereinigung kann die Stadt Mönchengladbach ihre finanziellen Probleme und ihr strukturelles Haushaltsdefizit aus eigener wirtschaftlicher Kraft lösen.</p>	<p>Zunächst sollten die nächsten Haushaltsentwürfe endlich nach überflüssigen und nur für bestimmte Interessensgruppen dienlichen Ausgaben überprüft und dann rigoros gestrichen werden.</p> <p>Bei den Einnahmen ist festzustellen, ob auch gemäß der anfallenden Kosten die entsprechende Deckung erreicht wird. Das kann in Teilbereichen zu Einnahmeerhöhungen führen. Der Verursacher hat es dann in der Hand, sich an Kostensenkungsmaßnahmen zu beteiligen.</p> <p>In jedem Fall führt dann eine wesentlich verbesserte Transparenz zu mehr allgemeinen Kosten- und Einsparbewusstsein.</p>
--	--	---	---	---	---	--

Auch wer die Veräußerung städ-

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkeln



Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ilse Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=0CC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcihk_3

					<p>tischen Vermögens als politischen Weg, um Mönchengladbachs Haushaltsdefizit nachhaltig aufzulösen, propagiert, wird dieses strukturelle Problem trotzdem nicht beseitigen können. Folglich ist es zur ihrer Lösung erforderlich, an ganz verschiedenen Stellschrauben auf verschiedenen politischen Ebenen anzusetzen.</p> <p>Der städtische Schuldenstand aus Krediten summiert sich auf insgesamt 1,036 Milliarden Euro. Nach dem Neuen kommunalen Finanzmanagement (NKF) beträgt der Wert der Stadt Mönchengladbach einschließlich ihrer Beteiligungen (NVV AG, EWMG etc) ca. 2,8 Milliarden EURO. Dem Verbindlichkeiten in Höhe von ca. 1,1 Milliarden gegenüberstehen. Bedingt durch unsere Verschuldung lösen wir täglich kommunales Vermögen auf. Wenn diese bedrohliche Entwicklung nicht gebremst werden kann, wird absehbar, wann das Vermögen Mönchengladbachs verbraucht sein wird.</p> <p>Ob Fonds Deutsche Einheit/ Solidarpakt, Verwirklichung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz, die Eingliederungsbeihilfe für Behinderte, die Unterkunftskosten für ALG II Empfänger, U-3 Betreuung seit Jahrzehnten wälzt der Bund ungebremst über politische Entscheidungen, die in seinem Zuständigkeitsbereich liegen, die Kosten hierfür auf die kommunalen Haushalte ab. In dieser seit Jahrzehnten praktizierte Kostenverlagerung liegt eine wesentliche Ursache der Verschuldung Mönchengladbachs.</p>	
--	--	--	--	--	---	--

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkeln



Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ilse Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=OCC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcikh_3

					<p>Seit Einführung des Sozialgesetzbuches II (SGB II) entfallen die Unterkunftskosten (Kaltmiete, Nebenkosten und Heizung) für die Bedarfsgemeinschaften, die ALG II beziehen, auf die kommunalen Haushalte. Die Kosten hierfür belaufen sich in Mönchengladbach auf ca. 82.5 Millionen Euro jährlich. Dieser Betrag wird nochmals steigen, wenn der Bund seinen Anteil an den Unterkunftskosten verringert. Zu dem ist das SGB II so konstruiert, dass von Entlastungen immer zuerst der Bund profitiert.</p> <p>Deshalb werde ich als Oberbürgermeister und Mitglied des Deutschen Städtetages für die Verankerung des Konnexitätsprinzips in Artikel 104a GG, das die gebotene Kostenkompensation für die Kommunen gewährleistet, eintreten. Zudem muss die Selbstverwaltungsgarantie in Art. 28 GG durch eine verfassungskonforme Garantie der Mindestfinanzausstattung ergänzt werden. Im Rahmen der Föderalismusreform II ist das Durchgriffsverbot zwischen Bund und Kommunen wieder aufzuheben.</p> <p>Gleichzeitig setzte ich mich dafür ein, eine Altschuldenhilfe nicht nur für besonders finanzschwache Bundesländer, sondern auch für notleidende Kommunen vorzusehen. So ließe sich mit einem Altschuldenfonds, der mit 250 oder 300 Millionen EURO ausgestattet ist, Städten wie Mönchengladbach ein Zahlungsaufschub gewähren. So könnten die Schulden sinken, die wirtschaftliche Situation würde sich stabilisieren und die Stadt würde wieder finanzielle Handlungsfähigkeit zurückgewinnen.</p>	
--	--	--	--	--	---	--

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkeln



Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ilse Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=OCC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcikh_3

<p>Sollen kommunale Unternehmen privatisiert/teilprivatisiert oder ggf. gar Unternehmensbeteiligungen aufgegeben werden?</p>	<p>Privatisierungen können ein probates Mittel sein, um Bereiche, in denen flexibel agiert werden muss, von den oftmals starren Regeln einer Kommunalverwaltung zu lösen. Gerade in den Bereichen der Stadtentwicklung und der Wirtschaftsförderung zeigen die Erfahrungen in Mönchengladbach, dass die Privatisierung grundsätzlich die erforderliche Flexibilität eröffnet. Dies beinhaltet aber auch einen stetigen Prozess der Begleitung und Weiterentwicklung, so beispielsweise die aktuellen Überlegungen einer Fusion von EWMG und WFMG. Nicht ohne Grund habe ich diese Frage an mich gezogen und damit zur "Chefsache" erklärt.</p> <p>Darüber hinaus kann die Frage nicht generell mit "Ja" oder "Nein" beantwortet werden. Da, wo es sinnvoll ist, kann eine Privatisierung gute Effekte erzielen; sie ist aber kein Allheilmittel. Derzeit besteht jedenfalls aus meiner Sicht kein aktueller Bedarf für weitere Privatisierungen.</p>	<p>Sowohl EWMG/ WFMG / MGMG als auch die Gesellschaften Kreisbau und GWSG sollten zusammengelegt werden. Beide Fusionen bergen erhebliche Sparpotentiale.</p> <p>Die FDP spricht sich auch für Aufgabe des 50 %-Anteils der Stadt an der GEM aus, da durch die jetzige Konstruktion den Müllgebührenzählern Nachteile entstehen. Außerdem spricht sich die FDP für eine verstärkte Vergabe von Leistungen aus, die bislang von der Verwaltung erbracht werden.</p>	<p>Ich mache die Entscheidung über diese Frage abhängig von dem Vorteil, den Privatisierung für die Stadt hat. Das Beispiel EWMG steht für eine Privatisierungsmaßnahme, die nur Nachteile, insbesondere finanzieller Art für die Stadt gebracht hat..</p>	<p>Mit der Entwicklungsgesellschaft, Wirtschaftsförderungsgesellschaft und Marketing Gesellschaft haben wir bereits vor Jahren drei Unternehmen gegründet, die städtische Aufgaben übernehmen. Mit einer Verschmelzung der Gesellschaften zu einem Unternehmen würden wir Synergieeffekte erzielen.</p> <p>Wir würden die Stadt nach außen hin besser positionieren und den Arbeitslauf nach innen weiter optimieren. Wir erhöhen die Schlagkraft und reduzieren gleichzeitig die Kosten. Daher ist eine Zusammenlegung von Gesellschaften der richtige Schritt. Darüber sind die Erfüllungen der Aufgaben aus der kommunalen Daseinsfürsorge auch in Kombination mit anderen Kommunen zu prüfen.</p>	<p>Bei Lebenshaltungskosten liegt Mönchengladbach vorn. Addiert der Bürger die Kosten für Strom, Gas, Wasser und Müll, dann kann er erstaunt feststellen: München mag zwar die Stadt mit der höchsten Lebensqualität in Deutschland sein, aber Mönchengladbach liegt bei den Lebenshaltungskosten weit vor der Stadt an der Isar - nämlich auf Platz 1.</p> <p>Bekanntlich gehört die Stadt Mönchengladbach zu den Kommunen, die sehr frühzeitig sowohl die Müllentsorgung (GEM) wie auch den Bereich Strom, Gas, Wasser, Schmutz- und Niederschlagswasser (NVV AG) privatisierten. Bei den Kosten für Strom, Gas, Wasser und Müll gibt es in deutschen Städten erhebliche Unterschiede von bis zu 1000 Euro im Jahr! Das geht aus einem Gebührenvergleich unter den 100 größten Städten Deutschlands hervor. Demnach ist Mönchengladbach am teuersten. Auch was das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs angeht, lässt sich über die Qualität des Nahverkehrs trefflich streiten.</p> <p>Für die normalen Gebührenzahler bleiben dann auch die in Mönchengladbach realisierten Privatisierungen im Bereich der Müllentsorgung und des Abwassers der Gebührengerechtigkeit aber auch bei Strom und Gas den Beweis der Kostengünstigkeit schuldig. Gleichzeitig schwächte die Landesregierung NRW durch die Abschaffung des Widerspruchsrechts im Verwaltungsverfahren faktisch die Rechtsposition der Verbraucher gegenüber der Stadt Mönchengladbach, die bekanntlich die Gebühren im Bereich des Schmutz- und Niederschlagswassers oder der Müllentsorgung festsetzt.</p>	<p>Bei der Frage nach Privatisierung/Teilprivatisierung oder Unternehmensbeteiligungen sollte jeweils streng nach dem Kriterium „Preis-Leistungs-Verhältnis“ gehandelt und entschieden werden, d.h. konkret:</p> <p>Bestmögliche Versorgung der Bevölkerung bei geringstmöglichen Kosten bzw. höchstmöglicher Zuführung von Mittel zum städtischen Haushalt.</p> <p>Für uns gilt:</p> <p>Grundversorgung der Bürger in städtische Verwaltung</p> <p>Freiwillige Leistungen teilprivatisiert, jedoch mit städtischer Unternehmensmehrheit.</p>
---	--	--	--	---	---	---

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkeln



Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ilse Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=OCC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcihk_3

					<p>Als Oberbürgermeister werde ich dem Rat im Vorfeld des Auslaufens des Entsorgungsvertrages mit der GEM vorschlagen, die Kommunalisierung dieses bisher privatisierten Leistungsspektrums vorschlagen.</p> <p>Auch für die Stadt sind die Ausgaben, die auf den Bereich Energie entfallen, beträchtlich. Betragen diese im Jahr 2004 noch 9 Millionen Euro, stiegen die Ausgaben hier im Jahr 2008 auf 12, 460 Millionen Euro.</p> <p>Aus meiner Sicht sollte Mönchengladbach auch seine Energieversorgung rekommunalisieren. Die Überschüsse des ökologisch zu produzierenden Stroms könnten gewinnbringend veräußert werden (Beispiel Schönau im Schwarzwald).</p>	
--	--	--	--	--	--	--

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkel



Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ilse Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=OCC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcikh_3

<p>Dauer von Plan- und Genehmungsverfahren zu beschleunigen, bzw. behördliche Reaktionszeiten zu verringern? Besitzen Sie weitere Vorstellungen, um einen unternehmensfreundlichen Bürokratieabbau voranzutreiben?</p>	<p>Der Fachbereich Bauordnung und Denkmalschutz ist ständig bemüht, die Dauer der Baugenehmigungsverfahren zu beschleunigen. So wurden in den letzten Jahren mehrere Maßnahmen getroffen, um den Bauherren und Investoren eine rechtzeitige Baugenehmigung zu gewährleisten. Im Einzelnen waren dies</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Stärkung der Bauberatung zur Vorbereitung der Baugenehmigungsverfahren - die Zusammenlegung der am Verfahren beteiligten Arbeitsbereiche - die Abschaffung des Ämterumlaufs und Einführung einer Baukonferenz - die Benennung eines Ansprechpartners während des Verfahrens. <p>Auch in Zukunft werden die Verfahrensabläufe immer wieder auf den Prüfstand gestellt, um Beschleunigungseffekte zu erzielen. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der geplanten Einrichtung eines Bau- Informations-Centers zu. Dadurch wird sichergestellt, dass bereits im Vorfeld des Genehmigungsverfahrens alle am Verfahren beteiligten Behörden eine Grundsatzaussage zum geplanten Bauvorhaben treffen können, sodass anschließend ein abgestimmter Bauantrag zügig bearbeitet werden kann.</p>	<p>Um die Dauer von Plan- und Genehmigungsverfahren bzw. behördliche Reaktionszeiten zu verringern, muss in der Verwaltung geregelt werden, dass</p> <p>Die Einführung des One-Facetto-Customer-Systems für Firmenkunden in der Verwaltung, eventuell auch mittels einer Schnittstelle zur Wirtschaftsförderung, ist eine alte Forderung der FDP. Im Übrigen sind wir die einzige Partei, die in den letzten Jahren für eine Reduzierung städtischer Verordnungen gesorgt hat, wie z.B. der Baumschutzsatzung.</p>	<p>Diese Frage ist entweder nur mit einer Absichtserklärung oder gar nicht zu beantworten, weil die gewünschte Beschreibung der Maßnahmen von Details abhängt, die Sie nicht nennen. Zum Wahlprogramm der FWG gehört das Versprechen für eine gut organisierte Verwaltung zu sorgen. Dies hier ist eine Organisationsangelegenheit, die von mir geprüft und entschieden werden wird. Als gelernter Kommunalbeamter bin ich dazu in der Lage.</p>	<p>Den für eine Ansiedlung steinigen und typischen Weg "durch die Behörde" müssen wir als Kommune gemeinsam mit der WFMG/EWMG verkürzen.</p> <p>Eine funktionierende Schnittstelle zwischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft und Rathaus auf der einen und Wirtschaft oder Gründer auf der anderen Seite ist das hilfreich.</p> <p>Das Ziel muss sein, dass der Kunde alle Informationen, die er benötigt, aus einer Hand bekommt. Ein so genannter "Scout" oder "Lotse" soll für die Unternehmen den Weg durch die Stadtverwaltung übernehmen, beratend zur Seite stehen und einen reibungslosen bürokratischen Ablauf gewährleisten. Der "Scout" ist ein Ansprechpartner für alle Unternehmer, die sich in Mönchengladbach ansiedeln wollen und für alle heimischen Unternehmen, die in der Vitusstadt expandieren wollen und einen Ansprechpartner in der Stadtverwaltung suchen.</p>	<p>Die Plan- und Genehmigungsverfahren wurden in den letzten Jahre beschleunigt, die Reaktionszeiten der Verwaltung sind in Mönchengladbach im Vergleich zu Nachbarkommunen schon besser geworden. Diesen Prozess gilt es weiter fort zu setzen. Dies bedarf einer Weiterentwicklung und Optimierung der Strukturen (z.B. einen Ansprechpartner für ein Vorhaben, der innerhalb der Verwaltung die notwendig einzuschaltenden Fachbereiche koordiniert), insbesondere auch bei der Onlineabwicklung der Antrags- und Genehmigungsprozesse. Dafür braucht es genügend und hoch qualifiziertes Personal mit der nötigen Kundenorientierung. Ich bin für eine leistungsorientierte Bezahlung und Beförderung. Bei der Besetzung von Führungspositionen darf nicht wie bisher nach Parteibuch entschieden werden, einzig die in einem Assessment-Center gezeigte Qualifikation sollte den Ausschlag geben.</p>	<ol style="list-style-type: none"> 1. Bei Anfragen, Projekten, etc. sollten Dezernat-übergreifende temporäre Teams gebildet werden, die eine schnellstmögliche Bearbeitung garantieren, da bei fachlichen Abhängigkeiten unmittelbar im Zusammenhang mit dem Antragsteller die best- und schnellstmögliche Lösung gefunden wird. 2. Der Verwaltung sollte mehr kreativer Spielraum eingeräumt werden. Dadurch entsteht mehr Motivation und das bestmögliche Ergebnis mit denkbaren Alternativen. 3. Beide Maßnahmen führen zwangsläufig zu erheblichen Kostenreduzierungen im Haushalt.
---	---	--	--	---	--	--

Fragen der
IHK Mittlerer
Niederrhein an die
Mönchengladbacher
OB-Kandidaten



Norbert Bude



Dr. Anno Jansen-Winkeln



Erich Oberem



Norbert Post (CDU)



Karl Sasserath



Ilse Lukaschek

Quelle der Antworten: http://www.wahlportal-niederrhein.de/ihk/servlet/~wahlportal/shop/wahl/moenchengladbach.html;jsessionid=0CC477D6B4043184271BA80335207DD2.tcikh_3

<p>Planen Sie die Einführung von Qualitätsstandards und deren Überprüfung, um eine kundenorientierte Arbeit der Kommunalverwaltung zu gewährleisten?</p>	<p>Die kundenorientierte Arbeit des Fachbereiches ist selbstverständlich eines der Hauptziele des Fachbereiches. Dennoch ist die Einführung von Qualitätsstandards noch nicht erfolgt. Dies liegt schlichtweg darin begründet, dass die dafür erforderliche Personalausstattung, die Voraussetzung für die kundenorientierte Arbeitsweise ist, derzeit nicht vorhanden ist.</p>	<p>Qualitätsstandards im Sinne von Corporate Identity oder Behavioral Branding fangen in den Augen der FDP mit Kleinigkeiten an, wie einem einheitlichen Auftritt und Bekleidung der Mitarbeiter, und gehen über verstärkte Mitarbeiterschulung bis zur Qualitätssicherung durch externe Begleitung. Die FDP fordert, dass das, was in der Wirtschaft Standard ist, in der Verwaltung endlich Einzug hält.</p>	<p>Ich werde die dazu laufenden Bemühungen fortführen und zu Ende bringen.</p>	<p>Im Mittelpunkt der Arbeit eines Oberbürgermeisters und der von ihm geführten Verwaltung steht der Bürger. So ganz lange ist es ja noch nicht her, dass der Bürger in den Amtsstuben nicht gerade als Kunde gesehen wurde. Ich habe keinen Zweifel daran, dass sich die heutigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserer Verwaltung als Dienstleister- und Dienstleisterinnen für die Bürger verstehen und kunden- und qualitätsorientiert arbeiten wollen.</p> <p>Gemeinsam mit den Beschäftigten werde ich deshalb ein vernünftiges Qualitätsmanagement zur Geschäftsprozessoptimierung und zur Sicherung von Qualitätsstandards und Servicegarantien nutzen.</p> <p>Ich lege großen Wert auf Information und Beratung durch die Mitarbeiter der Verwaltung. Mitarbeiterorientierung und Mitarbeiterbeteiligung sind für mich keine Worthülsen, sondern gehören für mich zur gelebten Demokratie.</p> <p>Beraterfirmen hatten den Auftrag, unsere Verwaltung auf Qualität und kundenorientiertes Verhalten- evt. sogar mit dem Ziel, Einsparpotenzial beim Personal zu finden, zu untersuchen. Das brauchen wir nicht mehr. Dazu sage ich Ihnen ein klares NEIN. Mit mir nicht. Die Erfahrung, die ich mit den Untersuchungsberichten über die Landesverwaltung gemacht habe, schließen für mich ein weiters Abenteuer, das auch noch enorm viel kostet, aus.</p> <p>Die Verwaltung verfügt über bestens ausgebildetes Personal, das in der Lage ist, ein zielgerichtetes und solides Qualitätsmanagement einzurichten.</p>	<p>Ja. Sinnvoll erscheint mir hier die Durchführung von Kunden- und Mitarbeiterbefragungen zur Ermittlung eines Qualitätsindex. Dabei sollten folgende Bereiche im Fokus stehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bearbeitungsqualität; - Dauer der Bearbeitung; - Kundenorientierung der Mitarbeiter; - Rahmenbedingungen (z.B. Öffnungszeiten, Räumlichkeiten, Besucherleitsysteme, behindertenfreundliche Zugänge). <p>Denkbar wäre auch die telefonische Befragung einer Zahl von etwa 150 Kunden je Quartal in den eben aufgeführten Bereichen mittels standardisierter Fragen. Die Auswertung des Fragenkatalogs dient der Qualitätsbeurteilung und gegebenenfalls -steigerung. Der Fragenkatalog könnte weiter dienen als die Grundlage eines Kundenzufriedenheitsindex, der für Arbeitsgruppen bzw. Teams in die jährliche Festsetzung leistungsorientierter Bestandteile der Bezüge einmündet.</p>	<p>Qualitätsstandards und deren Überprüfung sollten unbedingt eingeführt werden, z.B. unmittelbar nach Eingang eines Anliegens/Antrags/Anfrage schriftliche Mitteilung, welche Ämter bis wann entsprechende Stellungnahme abgeben.</p> <p>Diese gesamte Koordination der Terminverfolgung ist mit Hilfe der heutigen IT-Landschaft sehr effektiv und kostengünstig möglich.</p> <p>Außerdem führt zu gezielten und optimalen Personal- und Kapazitätsplanungen und Planungssicherheit beim Bürger.</p>
---	---	--	--	---	---	--